

Alles eine Frage der Einstellung?

von Jenny Preunkert



Titel Das gespaltene Europa

Untertitel Eine politische Soziologie der Europäischen Union

Autor(en) Christian Lahusen

Land Deutschland / USA

Erschienen Frankfurt am Main / New York 2019: Campus

Umfang S. 318

Preis EUR 39,95

ISBN 9783593510460

Rezension zu "Das gespaltene Europa. Eine politische Soziologie der Europäischen Union" von Christian Lahusen

Die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 ließen die politische Spaltung Europas in all ihrer Deutlichkeit zutage treten: Einerseits konnten die nationalistischen Parteien, die den öffentlichen Diskurs mit ihren Parolen und

Forderungen vielfach dominierten, Wählerstimmen dazugewinnen. Andererseits verzeichneten aber auch grüne und liberale Parteien, die explizit für ein kosmopolitisches und offenes Europa eintreten, große Stimmenzuwächse. Neu und bemerkenswert daran ist, dass die konstatierte Spaltung nicht mehr nur entlang von Ländergrenzen verläuft, sondern sich auch auf politische Einstellungen, Werte, Gesellschafts- und Zukunftsmodelle erstreckt. Eben diesen neuen Konflikt- und Differenzlinien geht der an der Universität Siegen lehrende Soziologe Christian Lahusen in seinem Buch *Das gespaltene Europa* nach.

Im Mittelpunkt seines Interesses steht dabei die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der sozialen Position einer Person und deren politischen Einstellungen: Konkret will Lahusen wissen, ob die politischen Einstellungen entweder „substanziell zwischen den Mitgliedsländern variieren“, ob sich „hochgradig individualisierte Einstellungsmuster“ abzeichnen oder ob sich „grenzüberschreitende Meinungsprofile entlang gemeinsamer Merkmale (Generation, soziale Schichten oder Milieus)“ (S. 38) ausmachen lassen. Wird also, mit anderen Worten, die politische Meinung einer Person von dem Land, in dem sie lebt, von ihrem individuellen Lebensweg oder von ihrer sozialen Position in Europa beeinflusst? Zur Beantwortung dieser Fragen verknüpft der Autor die soziologische Debatte um eine Europäisierung sozialer Ungleichheiten mit Analysen der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung. Seiner explorativen, bisweilen übervorsichtigen Herangehensweise an ein gesellschaftlich brisantes Thema ist es geschuldet, dass zentrale Argumente erst zum Ende des Buches klar ausformuliert werden, während sie in den vorangehenden Kapiteln als forschungsleitende Thesen oft nur mitschwingen oder angedeutet werden.

Dabei hat Lahusen zwei klare Argumente: Erstens spielt Europa für ihn trotz aller Dominanz der nationalen Arenen eine wichtige Rolle, sowohl bei der sozialen Selbstpositionierung als auch bei der politischen Meinungsbildung. Und zweitens hält er diese sozialen und politischen Europäisierungsprozesse für brisant, weil er meint, eine länderübergreifende Spaltung in sozial privilegierte und unterprivilegierte Schichten beobachten zu können, wobei sich Letztere nicht nur kritischer zur EU, sondern auch zur jeweils eigenen Regierung äußern.

Zunächst liefert das Buch allerdings spannende und innovative theoretische Überlegungen, wie sowohl Europa als auch seine Spaltungen und Konflikte soziologisch gefasst werden können. Außerdem nimmt der Autor die Leser*innen mit auf einen empirischen Ritt durch drei Teilgebiete der politischen Soziologie: Die Einstellung gegenüber der EU, der europäische Einfluss auf öffentliche Debatten und die Entwicklung eines europäischen Referenzrahmens.

In theoretischer Hinsicht wird Europa von Lahusen „als gemeinsamer Sozial- und Erfahrungsraum“ gefasst, der „entlang von Positionen, Relationen und Zuschreibungen strukturiert“ ist (S. 45). Die EU und ihre Mitgliedstaaten gelten demgegenüber als politische Felder, in denen einzelne Akteure und Organisationen

um politische Entscheidungsmacht konkurrieren. Gestützt auf Bourdieus Sozial- und Feldtheorie unternimmt Lahusen den Versuch, „die sozialen und politischen ‚Positionen‘ zueinander ins Verhältnis zu setzen und gleichzeitig danach zu fragen, wie die gesellschaftlichen Spaltungslinien im europäischen Sozialraum mit den politischen Konfliktlinien im europäischen Feld der Politik zusammenhängen“ (ebd.). Dabei interessiert ihn nicht, ob an die Stelle einer national fokussierten politischen Meinung eine europäische getreten ist oder ob die nationalen Konflikte durch europäische Diskurse abgelöst werden. Ihm geht es vielmehr darum, „das Nationale im Europäischen und das Europäische im Nationalen zu ermitteln“ (S. 40).

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen untersucht Lahusen im ersten empirischen Kapitel auf der Basis von Daten des Eurobarometers, ob die Einstellung gegenüber der EU von der Zugehörigkeit zu einem Land oder zu einer sozialstrukturellen Gruppe abhängig ist. Aufgrund der begrenzten Datenlage des Eurobarometers beschränkt sich die Untersuchung allerdings auf eine allgemeine Bewertung der EU. Etwaige Binnendifferenzierungen, was genau die Bürger*innen an der EU ablehnen oder schätzen, und ob sie die EU an sich kritisieren oder nur ihre derzeitige politische Ausrichtung, werden nicht vorgenommen. Das ist insofern schade, als das Kapitel damit hinter den aktuellen Stand der Forschung zurückfällt, der zumindest die unterschiedlichen Facetten des Euroskeptizismus gut herausgearbeitet hat.[1] Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass Menschen, die sich der Unterschicht zugehörig fühlen, der EU generell skeptischer gegenüberstehen – auch wenn das Ergebnis den Autor in „seiner Klarheit erstaunt“ (S. 102). Im Folgenden erweitert Lahusen seine Analyse um die Regionalebene. Hier zeigt sich ein ähnliches Muster wie im Ländervergleich: Einige Regionen sind europafreundlicher als andere. Der Bestätigung bekannter territorialer Unterschiede fehlt allerdings ein entscheidender Baustein, nämlich die Klärung der Frage, wie Staaten oder Regionen sozioökonomisch, kulturell und historisch verfasst sind und wofür sie demnach stehen. Dabei sagt Lahusen selbst: „Hinter ‚Ländern‘ verbergen sich jeweils spezifische gesellschaftliche Verhältnisse [...], die die Lebensverhältnisse des Einzelnen mittelbar prägen.“ (S. 109) Doch was das genau meint, bleibt unklar. Länder und Regionen werden zwar *theoretisch nicht* als geschlossene Einheiten und selbsterklärende Größen angenommen; das verspricht einen innovativen Umgang mit territorialen Unterschieden. Allerdings bleiben die „Container“ *empirisch* ungeöffnet, so dass eine systematische Erklärung für die territorialen Spaltungen dann doch fehlt.

Das nächste empirische Kapitel wendet sich anhand von Tageszeitungen aus neun Staaten (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Polen, Schweden, Schweiz und Spanien) der medialen Berichterstattung über den Krisendiskurs der politischen und wirtschaftlichen Eliten zu. Im Zentrum des Interesses steht dabei eine doppelte Fragestellung: So will Lahusen zum einen wissen, welchen Einfluss die Akteure der EU auf die nationalen Debatten haben, ob es also zu einer vertikalen Verschränkung zwischen europäischen und nationalen Debatten kommt. Zum anderen interessiert ihn, welchen Einfluss andere nationale

Debatten haben, ob sich also eine horizontale Verschränkung unterschiedlicher nationaler Debatten beobachten lässt. Seine Antworten fallen differenziert aus: Er stellt zwar fest, dass der nationale Fokus die öffentlichen Debatten in den untersuchten Staaten dominiert, insofern nationale Entwicklungen beziehungsweise die nationalen Auswirkungen europäischer oder globaler Entscheidungen im Zentrum stehen. Doch bedeutet dies seiner Ansicht nach nicht, dass es sich bei den nationalen Medien gewissermaßen um innerstaatliche Echokammern handelt. Nicht nur kommen globale und europäische Akteure zu Wort, es werden auch Entwicklungen in anderen Ländern zur Kenntnis genommen und in den eigenen nationalen Diskurs eingewoben. Des Weiteren konstatiert Lahusen, dass länderübergreifend vor allem staatliche Akteure und Vertreter*innen der Wirtschaft zu Wort kommen, während Vertreter*innen der Zivilgesellschaft oder gar Stimmen aus der außerparlamentarischen Opposition sehr viel seltener in der Berichterstattung zu vernehmen sind. Infolge dieser ungleichen Verteilung der Sprecherrollen werden soziale Probleme in der Berichterstattung tendenziell eher marginalisiert. Vorherrschend ist demgegenüber eine neoliberale Perspektive - länderübergreifend von den wirtschaftlichen und politischen Eliten vertreten -, „die auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Deregulierung der Märkte, die Schaffung von Investitionsanreizen und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ setzt (S. 165). Schließlich wird deutlich, dass die nationalen Arenen thematisch und strukturell unterschiedlich aufgestellt sind. So dominieren in der polnischen Debatte eher Fragen nach den möglichen Folgen einer neuen Strukturpolitik für Osteuropa, während in der Schweiz und in Großbritannien verstärkt globale Akteure zu Wort kommen und insbesondere Fragen der globalen Finanzwelt diskutiert werden. Dagegen dominiert bei den Mitgliedstaaten der Eurozone - und hier vor allem bei Griechenland und Deutschland - die Debatte über Sinn und Zweck der gemeinsamen Krisenpolitik.

Das dritte und längste empirische Kapitel widmet sich der Entstehung und Bedeutung eines europäischen Referenzrahmens in denselben neun Staaten wie im vorangegangenen Kapitel. Konkret geht es um die Frage, ob die Bevölkerungen der betreffenden Länder bei ihren politischen Einschätzungen auch die Situationen in anderen Staaten im Blick haben. Zunächst deutet Lahusen zufolge vieles darauf hin, dass die Menschen die eigene Lebenslage im Abgleich mit multiplen Referenzrahmen bestimmen: Demnach verorten sie sich *erstens* gegenüber dem engsten Umfeld, *zweitens* gegenüber einem nationalen Referenzrahmen und *drittens* im Vergleich zu den Lebensverhältnissen in anderen europäischen Staaten. Den Einfluss dieser Mehrfachpositionierungen auf die politischen Einstellungen der Bürger*innen versucht Lahusen anhand mehrerer Kriterien zu bestimmen. Dazu gehören etwa die Beurteilung der aktuellen Situation des eigenen Landes, die Zufriedenheit mit der eigenen Regierung, die Zustimmung zu populistischen Positionen oder das Ausmaß ihrer Protestbereitschaft. Die mittels eigener Befragungen erhobenen Ergebnisse lassen dabei einige Zusammenhänge erkennen: So sehen Menschen, die sich subjektiv zur Unterschicht zählen beziehungsweise objektiv niedrigere Bildungsabschlüsse haben, das eigene Land eher in der Krise, sind unzufriedener mit der eigenen Regierung und stimmen häufiger mit populistischen Positionen überein. Ebenso nehmen Menschen in Südeuropa die

Situation im jeweils eigenen Land verstärkt als krisenhaft wahr, sind weitaus unzufriedener mit der eigenen Regierung und zeigen eine höhere Zustimmung zu populistischen Haltungen. Offensichtlich haben sowohl die individuellen Lebensumstände als auch die jeweilige wirtschaftliche Lage der eigenen Nation einen Einfluss auf die politische Meinung der Befragten.

Ausgehend von diesem Befund wird des Weiteren untersucht, ob auch ein europäischer Referenzrahmen in diesem Kontext eine wichtige Einflussgröße ist. Dafür sollen die Befragten ihre eigenen Lebensverhältnisse mit denen von Deutschen und Schweizer*innen respektive Schweden und Schweizer*innen vergleichen. Das Ergebnis zeigt, dass Menschen, die ihre eigene Lebenslage im Vergleich zur durchschnittlichen Lebenslage in den Referenzländern als besser einstufen, auch seltener von einer Krise sprechen, zufriedener mit der eigenen Regierung sind und weniger zu populistischen Meinungen neigen. Lahusen sieht darin einen Beleg dafür, dass die Menschen in den untersuchten Ländern auch einen europäischen Referenzrahmen haben. Allerdings ist sein Vorgehen methodisch insofern fragwürdig, da als Referenzgrößen drei der wohlhabendsten Länder Europas herangezogen werden. Da Menschen, die sich in diesem Kontext eine vergleichsweise bessere eigene Lebenssituation attestieren, vermutlich als vermögend gelten dürfen, verwundert es unter Berücksichtigung der sozialstrukturellen Ergebnisse wenig, dass sie auch politisch zufrieden(er) sind. Um den Einfluss eines europäischen Referenzrahmens als unabhängige Größe besser einschätzen zu können, hätte sich ein differenzierteres Setting empfohlen. So wäre es interessant(er) gewesen, zu erfahren, welche politische Meinung Personen entwickeln, die sich im eigenen Land der Mittel- oder Oberschicht zugehörig fühlen, die eigene Lebenslage im europäischen Kontext aber eher schlechter als die Lebensbedingungen in anderen Staaten sehen. Umgekehrt hätte man auch gerne gewusst, welche politischen Meinungen Personen haben, die sich im eigenen Land eher zur Unterschicht zählen, ihre persönlichen Lebensbedingungen aber im Vergleich zu den durchschnittlichen Lebensbedingungen in anderen Staaten als relativ gut einordnen. Kurz: Die von Lahusen gewählte Operationalisierung des europäischen Referenzrahmens überzeugt nur bedingt.

Auch wenn der gewählte Theoriensatz innovativ und anregend ist, fallen einige der empirischen Beobachtungen doch zu ungenau aus. So werden die Länderunterschiede nicht systematisch analysiert, sondern lediglich mit ökonomischen und kulturellen Differenzen erklärt. Auch bleibt die Krisendiagnose, die sich durch alle drei empirischen Kapitel zieht, insgesamt recht vage. Der von Lahusen verwendete Krisenbegriff ist ein Zuschreibungsbegriff, das heißt: Eine Krise gilt dann als gesellschaftlich relevant, wenn (genügend) Menschen von ihrer Existenz überzeugt sind und von ihr sprechen. Diesem sehr weiten Krisenbegriff ist es geschuldet, dass die Kriterien für die Verwendung des Begriffs häufig unklar bleiben und nicht ohne Weiteres einsichtig ist, warum auch in wohlhabenden Staaten wie Deutschland, Schweden und der Schweiz im Jahr 2015 zwischen 15 und 17 Prozent der Bevölkerung das eigene Land in einer ernsthaften Krise sahen. Es hat den Anschein, dass im Zuge der Analyse zwei Krisenphänomene miteinander

vermischt und nicht sauber voneinander getrennt werden: Die aktuelle Finanzmarktkrise mit ihren realen Folgen für einige der europäischen Staaten einerseits und die diffusen Krisen- und Abstiegsängste in ganz Europa andererseits.

Trotz dieser Kritikpunkte bereichert das Buch die aktuelle Debatte um soziale Spaltungen und Konflikte in Europa. Im Unterschied zu anderen Studien legt es einen starken Fokus auf den Einfluss der sozialstrukturellen Positionierung. Zudem begreift Lahusen Europa nicht als Nullsummenspiel, bei dem *entweder* die nationale *oder* die europäische Ebene an Bedeutung gewinnen können, sondern als Arena mit wechselseitigen vertikalen *und* horizontalen Verschränkungen. Der Nationalstaat mag weiterhin „der primäre Orientierungspunkt für die politischen Interessen, Identifikationen und die Ideen in der Bevölkerung“ (S. 264) sein. Allerdings blicken die Bürger*innen in den untersuchten Staaten auch über den nationalen Tellerrand hinaus. Europa ist für sie „zu einer mentalen Landkarte [geworden], die es ihnen erlaubt, gute von schlechten Lebensverhältnissen zu unterscheiden“ (S. 275). Die Menschen vergleichen ihre eigene Situation nicht nur mit ihrem unmittelbaren Umfeld, sondern verorten sich sowohl in einem nationalen als auch in einem europäischen Raum. „Problematisch daran ist aber, dass die politischen Kontroversen entlang der sozialen Spaltungslinien zwischen benachteiligten und bevorteilten Bevölkerungsgruppen, Regionen und Ländern verlaufen.“ (S. 267) Es besteht also die Gefahr, dass sich Europa weiter spaltet und sich soziale Konflikte verschärfen. Allerdings sieht Lahusen in den Entwicklungen auch eine Chance. Denn er schlussfolgert, „dass die europäische Bevölkerung die normative Vorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse innerhalb Europas verinnerlicht hat und entsprechende Anforderungen an die EU und die Mitgliedsstaaten zugleich richtet“ (S. 283). Die politische Botschaft, die sich für ihn mit diesem Befund verbindet, ist eindeutig: Soll die EU politisch stabilisiert und Europa dauerhaft befriedet werden, müssen die (supra-)nationalen Gremien und Regierungen überzeugende Antworten auf die drängenden sozialen Fragen finden und sich um eine (zumindest allmähliche) Angleichung der Lebensverhältnisse bemühen (vgl. S. 288).

Fußnoten

[1] Vgl. Liesbet Hooghe / Gary Marks, Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: Journal of European Public Policy 25 (2018),1, S. 109-135.